
FDP Offenbach

STIRBÖCK: „WOHNUNGSBAUPOLITISCHE FESSELN ÜBER BORD WERFEN“

28.12.2015

Die Freien Demokraten wollen es den Investoren überlassen die Frage, ob sie geförderten Wohnraum schaffen wollen. Nach Auffassung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Oliver Stirböck müssen Verkaufspreis, Qualität der Wohnungen und die Solidität des Käufers die entscheidenden Kriterien sein. „Eine Bevorzugung von Investoren, die sozialen Wohnungsbau verwirklichen wollen, ist auch unter haushaltspolitischen Aspekten bedenklich – gerade vor dem Hintergrund des Schutzschirms“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Oliver Stirböck. Die Forderung der SPD, Investoren bei Projekten mit mehr als 50 Wohneinheiten zu bevorzugen, wenn sie 15 Prozent geförderten Wohnraum schaffen, lehnt die FDP ab. Positiv bewertet Stirböck, dass die Sozialdemokraten damit aber vom unverbindlichen Ziel der wohnungsbaupolitischen Leitlinien abrücke, 30 Prozent geförderten Wohnraum zu erreichen. Die Freien Demokraten wollten durchaus, dass für Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten geeigneter Wohnraum vorhanden sei. Im Vergleich zu anderen Städten der Region biete Offenbach aber bereits viele günstige Wohnungen und helfe überdurchschnittlich vielen Leistungsempfängern. Jetzt sei es eher die Aufgabe, stärker hochwertiges Wohnen stärker in Offenbach zu etablieren. „Zuviel Reglementierung schreckt dabei Investoren ab“, meint Stirböck. Durch die Ausweisung von Bauflächen und der Aktivierung von Flächen in der Innenstadt werde ohnehin attraktiver Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen entstehen. Auch die bisherigen Überlegungen im Masterplanprozess zu einer Vernetzung von Wohnen und Arbeiten bewertet Stirböck positiv. „Um seine Chancen im Ballungsraum wahrzunehmen und neues Wohnen und neues Gewerbe in Offenbach anzusiedeln, braucht Offenbach eher vernünftige Verkehrsanbindungen - ideologische Planungen und mehr Bürokratie schaden dagegen“, so Stirböck.